

Herausforderung Geschlechtergerechtigkeit – Gender Mainstreaming als Lösungsstrategie?

**Eine Fachtagung der Frauenakademie München, konzipiert und veranstaltet in
Kooperation mit dem Netzwerk Gender Training und der Evangelischen
Akademie Tutzing, 12.-13. 2. 2007**

Gender Mainstreaming – Verknüpfung von Theorie und Praxis

Forum: Gender Budgeting

Birgit Erbe und Regina Frey

Gender Budgeting im Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis

Gender Budgeting und Gender Mainstreaming sind als Strategien eng miteinander verknüpft. Dies wird schon in der Definition des Europarats deutlich: „Gender Budgeting ist eine Anwendung von Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess. Es bedeutet eine Überprüfung von Haushalten sowie die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in allen Stadien des Haushaltsprozesses mit dem Ziel, durch die Umverteilung von Einnahmen und Ausgaben Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.“¹

Ähnlich wie beim Gender Mainstreaming ist für Gender Budgeting ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen theoretischen und bewegungspolitischen Ansprüchen und tatsächlicher Umsetzungspraxis auszumachen. Im Rahmen des Forums wurden deswegen zunächst die Ursprünge von Gender Budgeting nachgezeichnet, um hierauf aufbauend das Verhältnis von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting näher zu beleuchten und auf Ziele von Gender Budgeting einzugehen, wie sie in der Literatur beschrieben werden. Anhand konkreter Beispiele aus Berlin und München wird der Unterschied zwischen den Zielen und den Möglichkeiten im Rahmen der konkreten Verwaltungspraxis verdeutlicht.

Ursprünge von Gender Budgeting

Der Ausgangspunkt des Gender Budgeting war ursprünglich die Kritik an der Strukturanpassungspolitik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im Globalen Süden seit den 1980er Jahren. Die feministische Ökonomie konnte nachweisen, dass die „Fürsorge-Ökonomie“ als Puffer dieser Wirtschafts- und Finanzpolitik fungierte: Einsparungen im Öffentlichen Sektor führten zur Mehrarbeit in den Familien. Frauen bezahlten hier einen besonders hohen Preis durch unbezahlte Mehrarbeit und Verarmung. Zu diesen Wechselwirkungen zwischen privaten und öffentlichen Haushalten erschienen insbesondere in den 1990er Jahren einige Studien, die auch zu einer Skandalisierung der unmenschlichen Liberalisierungspolitik der internationalen Finanzinstitutionen führte. Die internationale Frauenpolitik griff die wissenschaftlich formulierte Kritik an der Strukturanpassung auf und betrieb Lobbyarbeit gegen die Politik von IWF und Weltbank. Auf der Aktionsplattform der Vierten Weltfrauenkonferenz von Peking 1995 wurde gefordert, die negativen sozialen Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik zu analysieren und zu dokumentieren.² Gender Budgeting sei ein Instrumentarium hierzu.

Vor allem UN-Organisationen bemühen sich seitdem um die Verbreitung und Weiterentwicklung von Gender Budgeting. Die „Gender Responsive Budgets Initiatives“, ein

¹ Council of Europe 2005

² Vgl. <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/poverty.htm> (insb. Absatz 59).

Zusammenschluss aus UNIFEM, dem Commonwealth Secretariat und dem kanadischen International Development Research Centre (IDRC), macht heute internationale Lobbyarbeit für Gender Budgeting.³ Dies führte zu einer Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung von Gender Budget Analysen. In weltweit mindestens 40 Ländern gibt es heute Initiativen zur Umsetzung von Gender Budgeting.⁴ Unterschiede der Herangehensweisen bestehen vor allem im Hinblick auf die Politikebene (nationale Budgets, Kommunen/Städte oder Organisationen) sowie auf die beteiligten Akteur/innen (Initiativen, die eher von Regierungen oder eher von zivilgesellschaftlichen Gruppen ausgehen).

Das Verhältnis von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

Die Definition des Europarats legt nahe, dass Gender Budgeting als „Anwendung von Gender Mainstreaming im Haushaltsprozess“ aufgefasst werden sollte. Gender Budgeting wird somit zu einem Instrument des Gender Mainstreaming. Allerdings ist dies geschichtlich gesehen zunächst nicht so angelegt gewesen, da Gender Budgeting eine eigene Entwicklung jenseits des Gender Mainstreaming erfuhr, nämlich als geschlechterorientierte Transformation von Haushalts- und Finanzpolitik. Am sinnvollsten erscheint es uns, die beiden Strategien als komplementär zu betrachten. Denn wer Gender Mainstreaming als Strategie ernst nimmt, kommt nicht am Handlungsfeld der Finanzpolitik und am konkreten Haushalt vorbei. Gleichstellung muss sich hier niederschlagen, da der Haushalt ein Spiegel politischer Prioritätensetzung ist. Gleichzeitig kommt Gender Budgeting schlecht ohne Gender Mainstreaming aus, wie weiter unten gezeigt wird: eine Orientierung an Zielen und die Frage nach den Sachverhalten, die hinter den Zahlen und monetären Verteilungen stecken, ist für einen qualifizierten Gender Budgeting Prozess wesentlich.

Ziele von Gender Budgeting

Haushalte sind neben der Gesetzgebung die zentralen Steuerungs- und Gestaltungselemente des Staates. Da Haushalte in ihrer Wirkung nicht „geschlechtsneutral“ sind, bedarf es der Analyse hinsichtlich dieser Wirkung und gegebenenfalls einer Neuausrichtung auf Geschlechtergerechtigkeit. Die Ziele von Gender Budgeting sind nicht neu, sondern Grundprinzipien von modernem Verwaltungshandeln, in dem explizit die Genderperspektive eingenommen wird. Übergeordnetes Ziel ist die *Geschlechtergerechtigkeit*. Verbunden sind damit *Rechenschaft* über die Mittelverwendung hinsichtlich der Förderung von Gleichstellung in allen Politikfeldern, *Transparenz* durch geschlechtsdifferenzierte Daten über den Haushalt und Wirkungsanalysen von Haushaltsentscheidungen und *Partizipation* der Bürger/innen bei einer alternativen Prioritätensetzung und schließlich *Effizienz* und *Wirksamkeit* von Maßnahmen durch Zielgruppenorientierung und Berücksichtigung unterschiedlicher Ausgangslagen.

Bewertung von Geschlechtergerechtigkeit im Haushalt

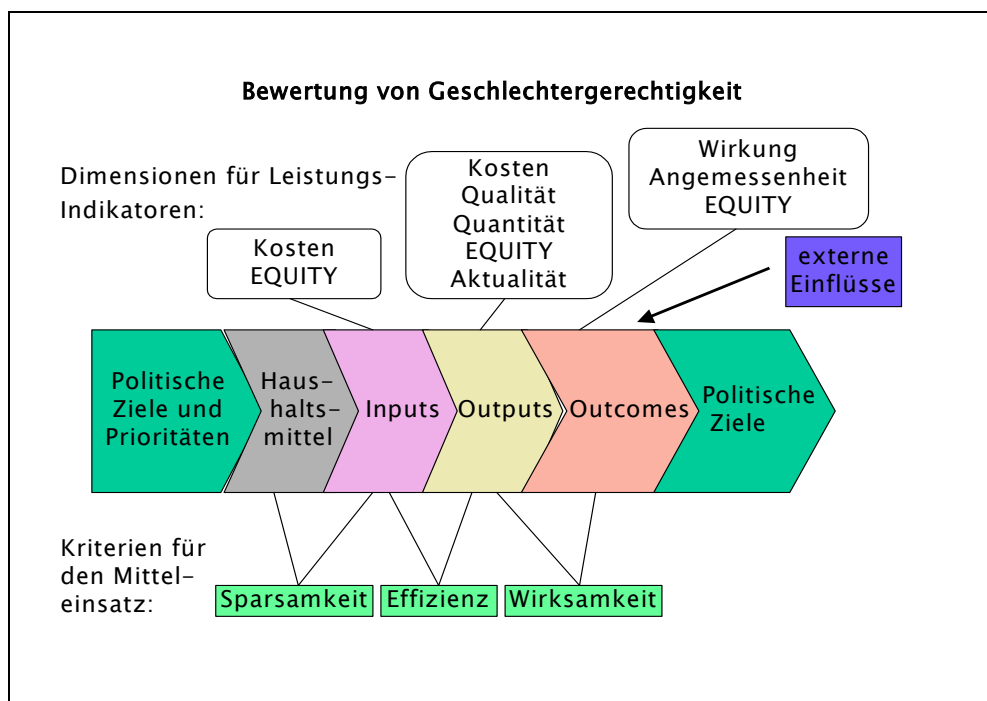
Die größte Herausforderung bei Gender Budgeting ist die Bewertung von Geschlechtergerechtigkeit von einzelnen Haushaltsentscheidungen, aber auch des Haushalts als Ganzem. Für einzelne Leistungen (Produkte), die hinter einem Haushaltstitel stehen, sind die Maßnahmen daraufhin zu überprüfen, in welcher Weise sie auf das Geschlechterverhältnis wirken. Hierfür bedarf es geeigneter Indikatoren. Das untere Schema zeigt im mittleren Block zunächst eine Wirkungskette, beginnend mit der Festlegung der *politischen Ziele und Prioritäten* und die hierfür bereitgestellten Haushaltsmittel. Diese fließen ein in den *Input* für ein Programm oder eine Maßnahme, wie Arbeitskraft, Infrastruktur und Ausstattung. Das Ergebnis ist ein bestimmter *Output*, der konkrete Dienstleistungen oder

³ Siehe www.gender-budgets.org.

⁴ Einen umfassenden Überblick gibt Budlender (2000). In Südafrika zum Beispiel wurde ab 1994 eine Arbeitsgruppe innerhalb der Regierung zu Gender und Wirtschaftspolitik eingerichtet, an der auch eine Fraueninitiative beteiligt war. Bisher sind hier fünf Berichte veröffentlicht, in denen alle öffentlichen Ausgaben einer Gender Budget Analyse unterzogen wurden und auch die makroökonomische Strategie sowie die Steuerpolitik der Regierung kritisch überprüft wird (Schatzenstaller 2002, S. 150f.).

Produkte umfasst. Darüber hinaus gibt es auch einen *Outcome*, der die Wirkung beschreibt, die mit einem Programm erzielt wurde und im besten Fall zur Erreichung der *politischen Ziele* beiträgt. Die *Leistungsindikatoren* werden im Gender Budgeting ergänzt um Teilhabegerechtigkeit (EQUITY), wobei die Kategorien Alter, soziale Schicht, Bildungsabschluss etc. nach Geschlecht ausdifferenzieren sind. Was jeweils als geschlechtergerecht zu betrachten ist, muss bereits in der Festlegung der politischen Ziele geschehen. Während die Indikatoren zur Leistungsmessung von Input und Output weitgehend in Zahlen bestimmbar sind, erfordert die Messung von Outcomes sozialwissenschaftliche Instrumente bzw. auch qualitative Analysen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gesellschaftliche Veränderungen vielfältige Ursachen haben. Insofern wirken auf die Outcomes auch externe Faktoren ein, die von einem Programm oder einer Maßnahme nicht unmittelbar beeinflussbar sind und somit eine Messung ihrer konkreten Wirkung erschwert.

Prinzipien des öffentlichen Haushaltens sind Sparsamkeit, Effizienz und Wirksamkeit. Um diese bewerten zu können, werden die über Leistungsindikatoren gemessenen Ergebnisse in Verhältnis zum Mitteleinsatz gesetzt. *Sparsamkeit* meint, dass mit dem geringstmöglichen Mitteleinsatz ein bestimmtes Ergebnis erreicht werden soll. *Effizienz* ist gegeben, wenn pro eingesetzter Input-Einheit ein möglichst hoher Output erzielt wird. Die *Wirksamkeit* zeigt schließlich den Grad der Zielerreichung (Outcome) im Verhältnis zum Output oder Input an. Die Systematik der geschlechtsdifferenzierenden Beschreibung und Analyse eines Haushalts zeigt folgendes Schaubild:



Quelle: Rhonda Sharp 2003, S. 66; eigene Übersetzung

Die starke Ausrichtung auf die Ergebnisse von Haushaltsentscheidungen und damit auch die Orientierung an den Bürger/innen als Zielgruppe liegen der Verwaltungsreform und der Einführung des produktorientierten Haushalts zu Grunde, wie sie gegenwärtig in den meisten deutschen Verwaltungen eingeführt werden. Die neue Steuerung über Produkte ermöglicht prinzipiell, Rückschlüsse darüber zu ziehen, ob mit den eingesetzten Mitteln die angestrebten politischen Ziele erreicht werden. An der Ausrichtung an Zielgruppen und ihre unterschiedlichen Lebenslagen kann Gender Budgeting direkt anknüpfen.

Beispielhaft sollen im Weiteren die Gender Budgeting-Prozesse und Erfahrungen von Berlin und München vorgestellt werden.

Der Berliner Gender Budgeting-Prozess

Die rot-rote Koalition hat 2002 einen ausdifferenzierten politischen Beschluss zu GM und GB gefasst, der die Forderungen überfraktionell organisierter Frauen und der „Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in Berlin“ aufgriff. Die Umsetzung von Gender Budgeting erfolgte stufenweise: Nach der Pilotphase, in der einige Verwaltungen die Strategie erprobten, wurde es 2005 flächendeckend eingeführt. Seit 2006 führen alle Senats- und Bezirksverwaltungen für die Aufstellung des Haushalts so genannte Nutzenanalysen von ausgewählten Titeln durch. Dabei wird Nutzenanalyse wie folgt beschrieben:

„Dabei werden die geschlechtsspezifischen Anteile in Verbindung mit anderen sozialen Merkmalen (Alter, Migration, Behinderung, Schicht etc.) von Nutzerinnen und Nutzern (Zielgruppen) öffentlicher Fördermaßnahmen, Veranstaltungen, Einrichtungen, Beratungen oder Programmangeboten quantifiziert und die gegebenenfalls unterschiedliche finanzielle Ressourcenverteilung zwischen weiblichen und männlichen Zielgruppen dargestellt“ (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen 2006, S. 13/14). Ein neuer Beschluss verpflichtet die Berliner Bezirke seit 2006 insgesamt 55 Produkte einer Nutzenanalyse zu unterziehen.

Bisher mangelt es jedoch an Auseinandersetzungen mit gesamtgesellschaftlichen Themen (bspw. geschlechtsspezifische Zeitznutzung oder mögliche Auswirkungen von Privatisierung auf die Geschlechterverhältnisse). Erschwert wird die Umsetzung vor allem durch das Fehlen von übergeordneten geschlechterpolitischen Zielsetzungen. Es reicht nicht aus, lediglich die Verteilung von Mitteln zu erfassen: Festzulegen wäre, welche gleichstellungspolitischen Ziele mit den jeweiligen Maßnahmen, bspw. mit Wirtschaftsförderung, verbunden sind und wie sich diese in der Mittelverteilung niederschlagen sollen. Ebenso wenig wird eine quantitativ gleiche Verteilung der Mittel genügen, um einen gleichstellungspolitischen Auftrag zu erfüllen, denn hiermit sind vorhandene Ungleichheiten im Wirtschaftsbereich kaum zu beseitigen.

Eine weitere Auslassung stellt die Beteiligung von Bürger/innen im Zuge des GB dar. Lediglich der Bezirk Lichtenberg - federführend bei GB innerhalb Berlins - ist hier aktiv, wobei gerade der in diesem Bezirk durchgeführte Bürgerhaushalt wenig mit GB verknüpft wird.⁵

Die Umsetzung von Gender Budgeting – Beispiel München

2004 beschloss der Münchner Stadtrat die Einführung von Gender Budgeting.⁶ In München wird die Strategie verfolgt, Gender Budgeting stark mit der Verwaltungsmodernisierung zu verknüpfen und im Neuen Steuerungsmodell abzusichern. Bei der 2008 anstehenden Umstellung auf einen produktorientierten Haushalt soll der Gesichtspunkt Geschlechtergerechtigkeit von Anfang an mit einbezogen werden.

Neben den Bemühungen der systematischen Integration von Gender in das Neue Steuerungsmodell und der Schulung von Produktverantwortlichen soll auch eine kontinuierliche Sozialberichterstattung, die die Lebenslagen der Münchnerinnen und Münchner nach Geschlecht und weiteren sozialen Merkmalen differenziert, für Gender Budgeting nutzbar gemacht werden. Die Bürger/innenbefragungen 2000 und 2005⁷ stellen hierfür bereits eine fundierte Grundlage dar. Darüber hinaus gab es den Versuch zu erheben, inwieweit vorhandene Verwaltungsdaten zur Zielgruppenorientierung und in der Folge für Gender Budgeting genutzt werden können, wie diese ressortübergreifend zugänglich gemacht werden könnten und welche Standardisierungen dafür nötig sind⁸. Im Rahmen des EU-Projekts „GenderAlp!“ beteiligte sich München mit einem Pilotprojekt zur Entwicklung und Erprobung von Instrumenten für Gender Budgeting. Beispielhaft wurden eine Ist- und

⁵ Vgl. hierzu Bezirksamt Lichtenberg 2004.

⁶ Vgl. Beschlussvorlage vom 28.1.2004 der Stadtkämmerei und Ergänzungsantrag von SPD Fraktion und Fraktion Die Grünen/Rosa Liste,
http://www.muenchen.de/Rathaus/politik_str/ris/117521/beschluesse.html [18.4.2007]

⁷ Siehe hierzu die Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005:
<http://www.muenchen.de/Rathaus/plan/stadtentwicklung/buergerbefragung05/151718/index.htm> [18.4.2007]

⁸ Diese Untersuchung wurde von der Gleichstellungsstelle für Frauen der LH München initiiert und vom Sozialwissenschaftlichen Institut München erhoben.

Wirkungsanalyse einschließlich der Entwicklung von Indikatoren in den Bereichen Gründungsförderung, Beschäftigungsförderung und Tourismus durchgeführt und eine Vorgehensweise für eine gleichstellungsorientierte Mittelvergabe vorgeschlagen.⁹ Die gewählte Herangehensweise bewegt sich noch auf der Gender Mainstreaming-Ebene; als nächster Schritt muss die Budget-Ebene untersucht werden.

Einordnung der Beispiele

Während es in Berlin eine standardisierte und flächendeckende Einführung von Gender Budgeting gab, wurden in München modellhaft Indikatoren entwickelt, um zu einer Wirkungsmessung des Haushalts zu gelangen. In Berlin stand bisher die Nutzenanalyse (sprich das Zählen von Köpfen) als Instrument des Gender Budgeting im Vordergrund. Sie stellt Transparenz bzgl. der Unausgewogenheit der Verteilung öffentlicher Mittel her – was insbesondere auch im unmittelbaren Vergleich zwischen den Bezirken deutlich wird. Allerdings hat dieses Instrument alleine eine begrenzte Aussagekraft; es besteht der Bedarf einer (qualitativen) Ursachenanalyse. Auch müssten Gleichstellungsziele festgelegt werden, damit sowohl die Maßnahmen daran ausgerichtet werden können als auch Erfolge messbar werden. Das Münchner Pilotprojekt dekliniert sämtliche Schritte von der Ist-Analyse, der Zieldefinition, Indikatorenbildung, Maßnahmengestaltung bis zur Wirkungsmessung durch. Ob sich diese Komplexität in Verwaltungsroutine wird überführen lassen, muss sich noch erweisen.

Fazit

Aus den hier vorgestellten Ansätzen des Gender Budgeting sowie den diskutierten Beispielen können einige Standards für Gender Budgeting abgeleitet werden.

Zunächst ist festzustellen, dass Gender Budgeting als Strategie vom Anspruch her immer auch eine übergreifende Fragestellung der Haushalts- und Finanzpolitik umfasst. Themen wie Gender-Impacts von Finanzpolitik, der Haushaltskonsolidierung sowie der Privatisierung öffentlicher Güter gehören auf die Agenda des Gender Budgeting. So wäre es für den überschuldeten Berliner Haushalt interessant zu fragen, wer die „Zeche“ der Verschuldungspolitik zu zahlen hat.

Ein Standard von Gender Budgeting sind gleichstellungspolitische fachliche Zielsetzungen, also die Verbindung zu Gender Mainstreaming. Ziele sind dabei immer unterlegt mit Gleichstellungs-Indikatoren, um die Zielerreichung überprüfbar zu machen. Auch hier gibt es in der Praxis lediglich erste Anstrengungen der Umsetzung. Allerdings ist gerade in Berlin Einiges unternommen worden, um die quantitative Zahlen- und Datenbasis zu sichern. Dies beschränkt sich wiederum eher auf den quantitativen Teil, während die qualitative Komponente eher unterbelichtet bleibt. München hat mit einer kontinuierlichen quantitativen und qualitativen Sozialberichterstattung eine gute Datengrundlage geschaffen, die für GB noch ausgebaut werden muss. Gleichzeitig sollten die Zielgruppendaten den Referaten untereinander besser zugänglich gemacht werden.

Die Sicherung der Gender-Kompetenz der Beteiligten erfordert, dass die am Haushaltsprozess beteiligten einen *geschlechterdifferenzierten* und *gendersensiblen* Gesamtblick auf den Haushalt einnehmen. Das heißt: Es geht um mehr als eine schematische Differenzierung zwischen „den“ Frauen und „den“ Männern, sondern um eine Gender-Analyse, die Gender-Aspekte im Kontext aufzeigt, weitere soziale Kategorien berücksichtigt und eine Reproduktion von Gender als sozialer Ordnung vermeidet. Diese Gratwanderung zwischen komplexitätsreduzierende Analyse (Gruppenbildung) und kontextorientierte komplexe Differenzierung erfordert einen hohen Grad an Bewusstsein über Gender¹⁰. In Berlin und München werden Verwaltungsangehörige zur Umsetzung von Gender Budgeting

⁹ Siehe Zebisch/Fröhlich 2006

¹⁰ Siehe hierzu das Gender-Manifest unter www.gender-mainstreaming.org

geschult, dabei wäre darauf zu achten, dass auch der kritische Gehalt von Gender Budgeting (z.B. in der Entstehung im Kontext sozialer Bewegungen) als auch ein reflexiver Umgang mit Gender als Kategorie als Standard eingezogen wird.

Zu einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Sinne eines geschlechtergerechten Beteiligungshaushaltes ist es noch weit hin: Sowohl in München als auch in Berlin befassen sich vor allem Fachkreise mit dem Thema Gender Budgeting. Allerdings findet die Beteiligung der Zivilgesellschaft in Berlin über die Beteiligung der Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt in der Landeskommision für Gender Mainstreaming statt.

Literaturempfehlungen und Links

- BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen) (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive, Wien.
- Bergmann, Nadja/Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Klawatsch-Treitl, Eva/Neumayr, Michaela (2004): Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. Wien. (Bestelladresse: Attac Österreich, infos@attac-austria.org)
- Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Geschäftsstelle Gender Mainstreaming (2004): Zweiter Bericht über Gender Mainstreaming (einschl. Gender Budgeting) in der Berliner Politik und Verwaltung http://www.berlin.de/senwiarbfrau/frauen/gender_gs/berichte.htm
- Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (2004): Zwischenbericht über die Einführung von GM im Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. Berlin
- Budlender, Debbie 2000: Review of Gender Budget Initiatives, Download: <http://www.internationalbudget.org/resources/library/GenderBudget.pdf>
- Council of Europe (2005): Gender budgeting. Final report of the Group of specialists on gender budgeting (EG-S-GB), Strasbourg, www.coe.int/equality/
- Erbe, Birgit (2004): „Gender Budgeting – Verteilungsfragen neu gestellt in der Haushaltspolitik. Grundlagen, Instrumente, Herausforderungen“. In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, 291-305.
- Erbe, Birgit/Frey, Regina (2006): „Gender Budgeting – Initiativen und Prozesse in Deutschland“, in: Social Watch Report Nr. 6, 2006 „Kein Geld für die Armen. Ursachen – Analysen – Alternativen“, 102-107. <http://www.social-watch.de/>
- Frey, Regina (2003): „Das bisschen Haushalt? Gender Budgeting als geschlechtspolitische Strategie“. In: Wrede, Birgitta (Hg.): Geld und Geschlecht, Tabus, Paradoxien, Ideologien, Opladen, 87-102.
- Frey, Regina (2005): „Haushaltspolitik unter der Geschlechter-Lupe. Gender Budgeting - Theorie und Praxis einer neuen Strategie“, in: Frauenrat – Informationen für die Frau, Nr. 5/2005.
- Frey, Regina (2006): „Gender Budgeting – Neue Wunderstrategie in der Gleichstellungspolitik?“, in: Gleichstellung in der Praxis (GiP), Nr. 05/2006, 7-11.
- Frey, Regina/Erbe Birgit (2006): Gender Budgeting als Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Haushaltspolitik? Zum Stand der Gender Budgeting Projekte in Deutschland, in: Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Band 4. Innsbruck/Wien/Bozen, 181-197.
- Gender Budget Initiative München (Hg.) (2005): Haushalt für alle! Mit Gender Budgeting zum geschlechtergerechten Haushalt. Dokumentation der Fachtagung vom 27.11.2004 in München. www.gender-budgets.de
- Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München (Hg.) (2003): Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und für Männer: Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Eine Untersuchung von Birgit Erbe. München. http://www.muenchen.de/Rathaus/lhm_alt/mde/gstfrau/html/42831/broschuren.html

- Klatzer, Elisabeth/Neumayr, Michaela (2006): Das Geschlechtergerechte Gemeindebudget. Ein Leitfaden zur Einführung des Gender Budgeting auf kommunaler Ebene. Attnang-Puchheim.
- KölnAgenda – FrauenForum (Hg.) (2004): Bürgerinnen und Bürger im Spiegel kommunaler Haushaltspolitik. Ergebnisse des Pilotprojektes (Oktober 2003 bis November 2004) zur Analyse der Auswirkungen haushaltspolitischer Entscheidungen auf die Lebensumstände der Kölnerinnen und Kölner. Köln.
- Lichtenecker, Ruperta/Salmhofer, Gudrun (Hg.) (2006): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, Innsbruck/Wien/Bozen.
- Madörin, Mascha (2003): „Gender Budget. Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming“. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik. Feminismus, Gender, Geschlecht, Nr. 44, 23. Jg., 35-50.
- Rapp, Silke/Rudel, Gerd (2005): Gender Budget. Grundlagen, Hintergründe, Handlungsmöglichkeiten. Eine Einführung in die geschlechtergerechte Analyse des Kommunalhaushalts. Herausgegeben von der Petra-Kelly-Stiftung, Bamberg/München.
- Schatzenstaller, Margit (2002): „Gender Budgets – ein Überblick aus deutscher Perspektive“. In: Bothfeld, Silke/Gronbach, Sigrid/Riedmüller, Barbara (Hg.): Gender Mainstreaming – eine Innovation in der Gleichstellungspolitik, Frankfurt, 133-155.
- Schreyögg, Friedel (2004): „Wie kann Gender Budgeting mit dem Neuen Steuerungsmodell kombiniert werden? Beispiel München“. Vortrag bei der Enquete: Gender Budgeting – Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Leistungen der Stadt Wien am 15.12.2004, http://www.muenchen.de/vip8/prod2/mde/de/rubriken/Rathaus/40_dir/frauengleichst/05_publik/gender_neu.pdf
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (2006): Hinweise zu Gender Budgeting in der Berliner Verwaltung. (AutorInnen: Baumfelder, Grit, Färber, Christine, Rohbeck, Oliver, Weinmann, Ute). Berlin.
- Sharp, Rhonda (2003): Budgeting for equity. Gender budget initiatives within a framework of performance oriented budgeting. UNIFEM, New York.
- Stadt Salzburg, Frauenbüro (Hg.) (2006): Geschlechtergerechte Lehrstellenförderung. Die Anwendung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting am Beispiel der Lehrstellenförderung der Stadt Salzburg. Analyse, Bericht, Maßnahmen. (kostenlos zu bestellen unter Tel. 0043-662-8072-2043)
- Zebisch, Johanna/Fröhlich, Werner (2006), Gender Budgeting in der Wirtschaftsförderung München, Langfassung. Herausgegeben von der Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft. www.genderalp.com

Gender Budgeting im Internet:

Gender Budget Initiativen: <http://www.gender-budgets.de>

GenderKompetenzZentrum an der Humboldt Universität zu Berlin: http://www.genderkompetenz.info/gk_h_hh.php

Website der Bundesregierung zu Gender Budgeting: <http://www.gender-mainstreaming.net/gm/gender-budgeting.html>

Wissensnetz, erarbeitet von der Wissenschaftlichen Begleitung der Bundesregierung: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/RedaktionGM/Pdf-Anlagen/wissensnetz-komplettfassung,property=pdf.pdf>

Website der Gender Mainstreaming-Geschäftsstelle der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen <http://www.berlin.de/sen/waf/gm/index.html>

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: <http://www.gtz.de/Gender-Budgets/deutsch/genderbudgets.html>